



So macht Netzausbau keinen Sinn!

Rede von Ralph Lenkert, 25. April 2013

Rede am 25.04.2013 im Deutschen Bundestag zu TOP 6a.) und 6b.) - Zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines "Zweiten Gesetzes über Maßnahmen zur Beschleunigung des Netzausbaus Elektrizitätsnetze" > Drucksache 17/12638 Drucksache 17/11369 Drucksachen 17/12214, 17/12681, 17/12518, 17/...

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Geehrte Kolleginnen und Kollegen! Heute geht es um den Netzausbau beim Strom.

Großkonzerne erwarten fette Profite, und die Stromkunden befürchten steigende Preise. Ständig tönt es von CDU, CSU, SPD und Grünen: Der Netzausbau ist alternativlos. Denn im Norden weht der Wind, und der Windstrom muss nach Süden. Dafür braucht es zusätzliche Leitungen. Dann klappt es aus deren Sicht mit der Energiewende. Wirklich?

Bei der Stromeinspeisung in die Netze gibt es eine Reihenfolge: Zuerst dürfen die Erneuerbaren ran. Danach gilt: Je teurer ein Kraftwerk Strom produziert, desto eher wird es abgeschaltet. Im Norden und Osten gibt es viele Kohlekraftwerke. Weitere sind

geplant: Moorburg, Jämschwalde, Profen und andere. Derzeit können diese Kohlekraftwerke Strom für 3 Cent je Kilowattstunde anbieten. Im Süden gibt es Strombedarf.

Dort stehen umweltfreundliche Gaskraftwerke; zum Beispiel in Irsching. Dort kostet der Strom 5 Cent je Kilowattstunde. Aber: Netzausbau und Stromtransport quer durchs Land wären zu vermeiden.

Wie sieht die Realität heute aus? Wir haben einen Engpass im Stromtransport zwischen Nord und Süd. Weht viel Wind im Norden, geht der Windstrom übers Netz. Für den Kohlestrom fehlt der Platz, und Irsching kann umweltfreundlichen Strom liefern. Klimafeindlicher Kohlestrom wird abgeschaltet.

Wenn die neuen Stromtrassen von der Küste bis zu den Alpen reichen, ist Folgendes zu befürchten: Windkraftanlagen speisen weiterhin ihren Strom ins Netz ein; sie haben Vorrang. Für den Restbedarf an Strom brummen die Kohlekraftwerke. Das Kraftwerk Irsching wird abgeschaltet, es geht pleite. Dann fehlt aber nachts bei Windstille der Gasstrom. Deshalb bekommt Irsching Geld, damit es in Bereitschaft bleibt, und die Stromkunden zahlen doppelt. Irsching wird dann über Netzentgelte bezahlt. Von Netzentgelten sind Großkunden befreit. Sie profitieren damit vom Netzausbau. Alle anderen bezahlen.

Fließt Strom von der Nordsee nach München, gibt es bei 700 Kilometern Weg 20 Prozent Übertragungsverluste. Auch das wird über Netzentgelte bezahlt.

Wer macht bei diesem Netzausbau Kasse? Finanzinvestoren. Sie erhalten 9 Prozent Rendite für jede Investition in Netze. Wo findet man so etwas heute noch, bei dieser garantierten Sicherheit? - Natürlich machen auch die Baufirmen und die

Kohlekraftwerke Kasse. Und wer zahlt?
Handwerkerinnen und Handwerker, kleine und
mittlere Unternehmen, Verbraucherinnen und
Verbraucher.

Deshalb lehnt die Linke diesen Netzentwicklungsplan
ab.

Der Bedarf, der diesem Netzausbauplan zugrunde
liegt, wurde wie folgt ermittelt: Die maximal
erzeugbare Menge an Strom aus Windenergie wird
mit der maximal möglichen Einspeisung von Strom
aus Photovoltaik, der kompletten Menge an Strom
aus Biomasse und der kompletten Menge an Strom
aus konventioneller Erzeugung addiert, so dass auch
die letzte Kilowattstunde abtransportiert werden
könnte. Diese Rechnung dient nur dem maximalen
Netzausbau.

In eine realistische Netzplanung müssen für die Linke
folgende Punkte einfließen: Die künftige Stilllegung
von Atom- und konventionellen Kraftwerken wird
eingerechnet. Die Erzeugung von Strom aus
Biomasse wird umgestellt, sodass sie nur erfolgt,
wenn Wind und Sonne nicht genug Energie liefern.
Stromsteuerungsmaßnahmen, wie beispielsweise die
Verknüpfung von Fernwärme- mit Stromnetzen,
müssen vorgenommen werden. Ein öffentlicher
Hochspannungsnetzbetreiber ohne Interesse an Profit
aus dem Leitungsbau ersetzt die jetzigen vier
Profitgesellschaften.

Die Technologie, Strom über Gas zu speichern und zu
transportieren, wird genutzt. Die Beteiligung großer
Stromerzeuger an den Netzkosten ist umzusetzen.
Die maximal mögliche Einspeisung von Strom aus
Windenergieanlagen ist auf 80 Prozent der
theoretisch möglichen Strommenge zu reduzieren.
Dabei verliert man nur 0,4 Prozent der jährlichen
Windenergiemenge, spart aber 20 Prozent
Anschlussleistung. Bei Berücksichtigung dieser

Punkte erhält man einen realistischen Bedarf für den Netzausbau. Aber der Gesetzentwurf, den Sie vorlegen, gefährdet die Energiewende, weil Kohlekraftwerke gefördert werden, umweltfreundlicher Gasstrom verliert und regionale, verbrauchsnahe Stromerzeugung vor Ort unterbleibt.

Die Bürgerinnen und Bürger haben sowohl in Meerbusch-Osterath als auch in Hessen und Thüringen mit ihrer Ablehnung der Ausbaupläne recht. Sie täten gut daran, die entsprechenden Initiativen ernst zu nehmen. Bürgerinitiativen erkannten als Erste die Gefahren der Asse. Bürgerinitiativen korrigierten über Volksbegehren Fehler, etwa bei Kitas in Thüringen oder bei der Wasserversorgung in Berlin.

Bürgerinnen und Bürger werden notwendige Netzausbauten nur dann akzeptieren, wenn der entsprechende Bedarf transparent und nachvollziehbar ermittelt wird und die Belastungen gerecht verteilt werden. Anderenfalls wehren sie sich. Ohne einen nachvollziehbaren Bedarfsplan wird die Linke Netzausbauten ablehnen, sei es der Konverter in Meerbusch-Osterath oder die 380-kV-Leitungen in Hessen, im Thüringer Wald oder in der Uckermark. Wir wollen die Energiewende - preiswert für die Menschen, mit Gewinnen für die Umwelt statt für Konzerne.

- Wir haben mehr Ideen als Sie.